



Halle'sche Neueste Nachrichten ♦ Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die „Halle'sche Zeitung“ erscheint an jedem Wochentag nachmittags von 2 bis 3 Uhr. Die Sonntagsausgabe enthält die Halle'schen Nachrichten und die Halle'sche Zeitung. Die Halle'sche Zeitung ist ein Handelsblatt für Mitteldeutschland. Die Halle'sche Zeitung ist ein Handelsblatt für Mitteldeutschland.

Die Halle'sche Zeitung ist ein Handelsblatt für Mitteldeutschland. Die Halle'sche Zeitung ist ein Handelsblatt für Mitteldeutschland. Die Halle'sche Zeitung ist ein Handelsblatt für Mitteldeutschland.

Neues in Kürze.

Drahtmeldungen und Radiotelegramme.

Verschiedene Anstaltsleitungen haben zu einer Entlastung des Frontkriegerbundes in München geführt. Ein Teil der Frontkrieger stellt sich wieder auf den Boden der alten Satzungen von 1919 und nennt sich „Frontkriegerbund 1919 Stammein“.

Zweiter, der Chef der Marineleitung, ist mit Wirkung vom 1. Oktober 1924 zum Admiral befördert worden.

In München fand eine Besprechung zur Gründung der Bayerischen Flughafen-Gesellschaft statt, die dem Ausbau des zivilen Luftverkehrs und insbesondere der Luftpost dienen soll. Die Vertreter des Reiches, der bayerischen Städte, des Handels und der Industrie, der Eisenbahnen, der Luftfahrt und der Donau-Gesellschaft lagten dem Handelsminister ihre Unterfertigung zu.

Die Bayerische Landesregierung schreibt: Durch die neuen Beschlüsse einer Landesregierung im Gegen aufzurufen, die sich die Befreiung der verfassungsmäßigen Regierung zum Ziel gesetzt hat, leiten prominente Führer der Nationalsozialisten, darunter auch Hitler, außerordentlich befehle. Die Führer der Nationalsozialisten haben sich daher bewußt entschlossen, der Befreiung einer Verwaltungsstelle für Hitler entgegenzutreten.

In Nürnberg ist eine neue Gewerkschaft unter dem Namen „Reichsbund deutscher Gewerkschaften für Bayern“ und ihm parallel für das übrige Deutschland der „Reichsbund für Nationalsozialistische Gewerkschaften“ gegründet worden.

Die drei freigezwungenen Spitzenverbände veröffentlichen im „Vorwärts“ einen Aufruf, daß die Gewerkschaften den Volkseigenen über die Statifizierung des Washingtoner Abkommens vorberichtet haben, um den Volkseigenen sofort durchzuführen. Wenn der Reichstag die sofortige Durchführung des Abkommens, müßten die bereits eingeleiteten Bestimmungen zur Deckung der erheblichen Kosten des Volkseigenen mit der größten Beifügung fortgesetzt und durchgeführt werden.

Die Städte Calzura, Innsbruck, Linz und Graz haben in ausführenden Verhandlungen mit amerikanischen Finanzgruppen über eine Anleihe von zusammen 100 Millionen Kronen. Nach einzelnen Verhandlungen sind folgende Verhandlungen, darunter Eisenmarkt.

Auf die Villa des deutschen Gesandten in Romo wurden von unbekanntem Täter einige Revolverkugeln abgegeben. Schon vor drei Tagen fand vor dem gleichen Gebäude, das auf dem Appianenberg liegt, eine Schießerei statt, bei der einige Augen durch die Fensterhebel des Gesandtschaftsgebäudes gingen. In dem Stadtviertel Karmeliten hört man Abend für Abend starke Schießereien.

Das Gebäude der ehemaligen zaristischen Botschaft in London ist jetzt der dortigen Bevölkerung der Sowjetunion übergeben worden. Die das Gebäude verlassenden russischen Emigranten haben einen erheblichen Teil des Botschaftsarchivs mitgenommen.

Nach Angaben des „Journal de Vologne“ steigt die Teuerung in Polen ununterbrochen. Polen sei gegenwärtig das teuerste Land der Welt. Der Lebenshaltungszweck erreicht gegenwärtig 155,4 Prozent. Sa. „politische Wirtschaft“ Mit der Deutschenhefte und Franzosenaffären allein ist's nicht getan.

Die französische Finanzminister Clement Buisson im Budgetausweis die Einführung einer eigenen Währung für das Saargebiet an. — Man tut alles nur Evidentes, um das Saarland dem Vertrag von Versailles unüberwindlich gegen Deutschland loszureißen.

„Echo de Paris“ erzählt, daß der Marine-Minister Dumessnil im Laufe des Oktober mit dem Mittelmeer-Gelehrten eine Fahrt in die Mittelmeer-Gewässer unternommen wird.

Anstelle des verstorbenen spanischen Vize-Königs der Saarregion ist vom Vize-König ein Eindecker ernannt worden. Dieser Beschluß hat in der Saarregion schwere Enttäuschungen hervorgerufen, da er eine noch weitere Verstärkung des französischen Einflusses bedeutet.

Zwischen Ungarn und Belgien wurde mit Unterstützung der Kraft vom 28. Juli ein Abkommen über die Saarregion abgeschlossen in Bezug auf den Handelsverkehr abgeschlossen.

Der russische Ministerpräsident und Kriegsminister Kisejew hat einen Vertrag mit dem russischen Luftwaffenminister G. G. G. abgeschlossen, wonach die Reorganisation großer subventionierter Luftwaffenverbände in Berlin übertragen wird. In diesem Monat wird die Linie Varna-Constantinople in Betrieb genommen werden.

Die Pariser Verhandlungen.

Die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen wurden gestern nachmittags 3 Uhr eröffnet. Völkischer v. Doellinger stellte Ministerpräsident Herriot, der die Sitzung leitete, die deutsche Delegation vor, worauf die französische Delegation durch Herriot vorgestellt wurde.

Herriot begrüßte die deutsche Delegation und erklärte in seiner Ansprache, daß er die jetzt beginnenden Verhandlungen als eine weitere Etappe auf dem Wege zum Frieden ansah. Völkischer v. Doellinger erwiderte hierauf und erklärte, daß die Verhandlungen deutsch-französisch mit dem ausdrücklichen Wunsch, zu einem Einverständnis mit der französischen Regierung zu gelangen, geführt würden, in der Hoffnung, daß dadurch die normalen Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland, insbesondere aber der Warenverkehr, gefördert werden. Nach Beendigung der Sitzung fand eine Unterredung zwischen dem beiden Delegationsleitern, Handelsminister Kennobis und Staatssekretär Dr. Trendelenburg, statt, um sich über die Arbeitsmethoden zu verständigen.

Das hängt alles wunderbar. Feinde wie die Genfer Rede. Weniger erfreulich sind schon die Pariser Pressestimmen, aus denen immer wieder herausragt, man müsse alle Druckmittel ausnützen, um Deutschland zu Zugeständnissen zu zwingen, wie die Propaganda über die Aufzählung der deutschen Bedarf an lohnbringendem Eisen, Holzstoff hat unsere Handelsverträge

und Regierung Rückgrat genug, um Gleiches mit Gleichem zu erwidern; wir haben in Eisen-Verträgen eine furchtbare Waffe gegen Frankreich.

Diese abgetrennten Gebiete sind wirtschaftlich einträglich, wenn sie nicht günstigen Anlaß an Deutschland behalten, denn in Frankreich haben sie keinen Erfolg. Sollten wir sie von uns ab, dann treibt die furchtbare Welt der wasserschlüssig dazu, immer energischer die Niederlassung von Frankreich zu fordern.

Reichsein ist, daß auf deutschgehaltene Erzeugnisse einer Verhängung Deutschlands mit Frankreich vorzuziehen, weil sie Frankreich vor den allergrößten Schwierigkeiten mit Eisen-Verträgen befreie und diese Gebiete geradezu erst wirklich in Frankreich einverleibe. Solange die Wirtschaftsverhältnisse nicht geregelt seien, sei Lösung auf höchster Ebene notwendig.

Auf der anderen Seite ist zu bedenken, daß jedes Zugeständnis an Frankreich, es sei nun die klassische Baumwolle oder die nordfranzösische Wollindustrie oder die lohnbringende nordfranzösische Eisen- und Stahlindustrie betrifft, eine stärkere Bedrohung der englischen Textil- und Eisenindustrie ist. Statt es mit beiden Konkurrenz zu verderben und uns von beiden Zugeständnisse erpressen zu lassen, müßten wir die Konkurrenz zu unseren Gunsten ausnützen. Eine Lösung der Schwierigkeiten ist notwendig. Die Pariser Verhandlungen sind für die Zukunft erforderlich: Was ist es?

Schwierige Regierungsumbildung.

Das Programm des Kanzlers.

Die angelegentlichsten Besprechungen des Reichstanzlers Marx mit den Vertretern der Regierungsparteien über die Frage der Regierungsumbildung fanden gestern nachmittags 12 1/2 Uhr statt. Am Freitag soll dann die Besprechung des Reichstanzlers mit den Sozialdemokraten erfolgen, am Sonnabend die Konferenz mit den Deutschnationalen.

Reichstanzler Marx zur Regierungsfrage

Die „Germania“ das führende Zentrumorgan, hat den Reichstanzler Marx um seine Meinung zur politischen Lage befragt. Der Kanzler äußerte sich u. a. folgendermaßen: Die Aufgaben, die es jetzt im Innern zu lösen gilt, um die wirtschaftliche Gesundung nicht erneut zu gefährden, erfordert unbedingt die Zusammenfassung aller nationalen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Kräfte.

Jetzt ist die Zeit gekommen, in der diese Zusammenfassung der Kräfte erfolgen muß, und ich werde es mir in den nächsten Tagen angelegen sein lassen, auf dem Boden bestimmter Prinzipien alle Parteien des deutschen Volkes zusammenzuführen, die willens sind, dem deutschen Volke den Weg in eine bessere Zukunft zu bahnen.

Ich bin entschlossen, mich sowohl mit der Sozialdemokratie wie auch mit der Deutschnationalen Partei in Verbindung zu setzen.

Man kann nicht verkennen, daß es im letzten Jahre ohne die entscheidende Unterstützung der sozialdemokratischen Fraktion nicht möglich gewesen wäre, durch die der Regierung gegebene Ermächtigung auf dem Reformungswege Deutschland vor dem wirtschaftlichen und sozialen Chaos zu bewahren und ferner die von der Regierung geführte Politik hinsichtlich des Sadowitzabkommens und der Londoner Abmachungen zu sichern. Ich erachte es darum als meine Pflicht, an die Sozialdemokratie herzutreten und sie zur Mitarbeit in der Reichsregierung aufzufordern. Andererseits liegt es aber auch im bringenden vaterländischen Interesse, daß die starken nation-

alen und wirtschaftlichen Kräfte, die in der Deutschnationalen Volkspartei geborgen sind, für politische Regierungsarbeit fruchtbar gemacht werden. Die Deutschnationale Volkspartei hat bislang in Opposition zu allen Regierungen gestanden, die seit dem Weltkrieg Deutschlands Geschicke führten, eine stärkere Bedrohung der englischen Textil- und Eisenindustrie ist. Statt es mit beiden Konkurrenz zu verderben und uns von beiden Zugeständnisse erpressen zu lassen, müßten wir die Konkurrenz zu unseren Gunsten ausnützen. Eine Lösung der Schwierigkeiten ist notwendig. Die Pariser Verhandlungen sind für die Zukunft erforderlich: Was ist es?

Pressestimmen.

Die „Germania“ selbst, das Organ des linken Zentrumstages (Mittels), sieht dem Eintritt der Deutschnationalen nach wie vor recht ablehnend gegenüber. Auch die „Königliche Volkszeitung“, Organ des rechten Zentrumstages, verlangt, daß zunächst Klarheit über die künftige Politik zu schaffen und zu diesem Zweck ein Regierungsprogramm aufgestellt werden müsse, zu dem die in der Regierung eintretenden Parteien sich zu bestimmen hätten.

Die „Vorwärts“ schreibt: Die Sozialdemokratie hat sich niemals nach deutschnationaler Art an die „Auteritrippe“ gedrängt, sie hat auch nicht die Absicht, sich mit ungeschickten, nach rechts zielenden und mit den Deutschnationalen gemeinsam mitregierenden Bundesgenossen an einen Tisch zu setzen.

Des weiteren gibt der „Vorwärts“ zu verstehen, daß die Sozialdemokratie daran festhält, es sei jeden Fall zur Reichsregierung zurückzuführen, um die Sozialdemokratie zu überzeugen, daß sie sich nicht zur Auteritrippe gedrängt hätten, ist wirtschaftlich eine ganz famose Entbehrung!

Insofern sieht es ganz so aus, als ob die geplante Regierungserweiterung nicht recht große Schwierigkeiten machen wird und nicht lokal zu ermöglichen sein wird. Das Parteinteresse geht bei uns leider immer noch meist über das Volks- und Staatsinteresse. Um so mehr ist zu wünschen, daß innerhalb der nationalen Parteien das Vaterlandsgeschick über unparteiliche Meinungsverschiedenheiten steht und daß endlich eine alle nationalen Kreise umfassende Regierung zustande kommt.

Seltames von der russisch-rumänischen Grenze.

Nach Meldungen aus Bukarest haben große Heere der rumänischen Truppen auf rumänischem Gebiet haltgefunden. Es wurden 16 Grenzbatterien und 8 rumänische Bataillone überfallen. Nach kurzer Zeit wurden sämtliche Dörfer von rumänischen Militärgesandten geäubert. Ein Teil der Banditen wurde gefangen genommen. Die rumänische Regierung hat Einspruch bei der Sowjetregierung erhoben.

Weiter verlautet, daß in Bekarabais sofort ein großer Kommunenaufstand vorbereitet werde. Das ganze Gebiet sei von den Kommunisten genau in Zonen eingeteilt, die Grenzen nach Russland hin seien vollständig mit Kriegsmaterial versehen. Auch der Kriegsplan sei fertig ausgearbeitet und die als Führer des Aufstandes vorgezeichneten Personen seien an Ort und Stelle. Falls das rumänische Militär einmarschiere, wolle Russland an Rumänien den Krieg

erklären, um unter der Parole: „Wiederbefreiung Bekarabais von rumänischen Joch“ den russischen Nationalismus zu entfiammen und mit seiner Hilfe die erhabertete Sowjet Herrschaft in Russland zu sichern.

Daß die Sowjet Herrschaft solche Pläne haben, ist sehr zu möglich. Aber ob sich wirklich im Balkan genügend Kommunisten zur Durchführung finden, ist zweifelhaft. Ebenso, ob etwa die Ungarn und sonstige unterdrückte Völkerstämme Magyaren, Kroaten usw.) die Gelegenheit zum Losgehen ergreifen.

9000 Menschen hingerichtet!

Die georgische Delegation in Paris veröffentlicht ein Communiqué, das in Georgien von den Sowjettruppen 9000 Unschuldige hingerichtet worden sind. Die Konzentrationslager sind mit Gefangen und Gefangenen angefüllt.

Republikanische Freiheit!

Bismarcks Sozialistengesetz und Wirths Republikverfassung.

Von Alexander Graf Weddowitz (Witzburg).

„In jeder Waffe kann Deinen Feind, die Waffe ist nach der inneren Natur“ ist Bismarck. So sind die Kräfte reichlich für den Adler, die Gänge für den Zentaur, das Netz für die Sinne und die Haut für das Gedächtnis. So sind die Kräfte reichlich für den Adler, die Gänge für den Zentaur, das Netz für die Sinne und die Haut für das Gedächtnis. So sind die Kräfte reichlich für den Adler, die Gänge für den Zentaur, das Netz für die Sinne und die Haut für das Gedächtnis.

Genau umfassen ist eine Nechtschaffenheit in der äußeren Sozialpolitik beider Gesetze. Bismarck bildeten zwei politische Attentate: ein unmittelbares Attentat am Kaiser, das Attentat auf Kaiser Wilhelm I., zusammen mit der ersten Fiktion der materialistischen Revolutionäre, die die Verfassung des Sozialistengesetzes zur Folge. Entsprechend waren 1921 und 1922 die Attentate auf Erzberger und Rathenau, der Anlaß für das Republikverfassungsgesetz.

Man sollte annehmen, daß das Gesetz der Republikanischen Freiheit in Deutschland und der unabhängigen Republik sehr viel milder, richtiger sein muß als das Kammergesetz des „Gesetzgebungs“ Bismarck, das „Mannes von Blut“ und „Blut“ ist.

Aber Bismarck noch lohn ist, wenn er in seiner Zeit auf den Gedanken gekommen, zur Abweilung von Vergehen gegen das Sozialistengesetz einen eigenen Gerichtshof einzurichten, dessen Zusammensetzung politisch bestimmt werden sollte, man hat daran gedacht, den erblichen Gerichten diese Strafämter zu überlassen. Anders wäre: eines zur Beurteilung von Vergehen gegen das Sozialistengesetz, eines zur Beurteilung von Vergehen gegen das Sozialistengesetz, eines zur Beurteilung von Vergehen gegen das Sozialistengesetz.

Genau die Urteile auf Grund des Sozialistengesetzes waren selbstverständlich dem Sozialisten alle Rechtsmittel gegeben. Gegen die Ausprüche des Sozialistengesetzes wurde die Verfassung der Republik nicht so sehr als ein Verfassungsgesetz. In Wahrheit feindlichem Drang zur Umfassung der Erde aber verändert das Republikverfassungsgesetz S 11.

Die Verfassung von Deutsches und Österreichs werden der SS 1-8 findet auch dann statt, wenn die Tat im Ausland begangen wurde.

Das heißt: Wenn ein Zufallfall kein nützlicher Vorkerfer der Erde im Materialismus unter dem Sternchenbild Sideritas sich selbstverleihen über Kurt Eisner äußert, lohn ist es sich nach dem Republikverfassungsgesetz, nicht so sehr als ein Verfassungsgesetz. In Wahrheit feindlichem Drang zur Umfassung der Erde aber verändert das Republikverfassungsgesetz S 11.

Der Unterschied in den Strafproben beider Gesetze ist verblüffend. Die höchste Strafe des Sozialistengesetzes war 1 Jahr Gefängnis. Im Republikverfassungsgesetz dagegen hängen die Strafen mit Lebenszeit, Zuchthaus (halb nicht unter einem Jahr, halb nicht unter 5 Jahren, halb lebenslanglich), Gefängnis (von nicht nicht unter 3 Monaten bis zu 5 Jahren) und so auf die Höhe der Republikverfassungsgesetz. In Wahrheit feindlichem Drang zur Umfassung der Erde aber verändert das Republikverfassungsgesetz S 11.

Die Stellung an verdorbenen Vereinen, die Vererbung verdorbenen Verdorbenen wurde nach dem Sozialistengesetz bestraft mit Gefängnis bis 500 bzw. 1000 Mark oder Gefängnis bis zu 3 Monaten bzw. 6 Monaten; das Republikverfassungsgesetz heißt dafür: Gefängnis von nicht unter 3 Monaten bis zu 5 Jahren.

Es gäbe eine lange und ermüdende Aufzählung, welche alle anführen, was nach dem Republikverfassungsgesetz dem Gewer der Republik alles verblüffend ist. In Wahrheit feindlichem Drang zur Umfassung der Erde aber verändert das Republikverfassungsgesetz S 11.

Die Strafbroten des Republikverfassungsgesetzes, denen jedes Seitenstück im Sozialistengesetz fehlt, müde S 22 nennen: Mit Gefängnis bis zu 5 Jahren, wobei dem ein Straflose bis zu einer Million Mark erkannt werden kann, wird bestraft, wer öffentlich oder in einer Versammlung die Reichs- oder Landesfarben des Reichs.

Die Folge sozialistischer Mißwirtschaft.

Im Freistaat Sachsen wurde bekanntlich die Branntweinwirtschaft für Milch besonders lange beibehalten. Die Folge war, daß die Milchproduktion hier außerordentlich zurückging und infolgedessen die Versorgung der großen Städte und Industriezentren immer knapper wurde. Jetzt steht sich Sachsen genötigt, durch Zahlung entsprechend hoher Preise den Erzeugern einen Anreiz zur Vergrößerung ihrer Viehhäufigkeit zu geben.

Es ist jedoch nicht möglich ist, die durch die rote Mißwirtschaft zusammengebrochene Milchproduktion so schnell wieder aufzurichten, weshalb man es, durch Zahlung hoher Preise aus den Nachbargebieten so viel Milch als nur irgend möglich herbeizufahren. So bezug bisher der Verkaufspreis der Milch in Leipzig 86 Pfg., in Halle 82 Pfg. je Liter. Es leuchtet ein, daß die längere Beibehaltung einer derartigen Preisspanne zu einer Umwanderung der Milch aus den Nachbargebieten in den Freistaat Sachsen führen muß. So haben die Folgen der sozialistischen Mißwirtschaft nicht nur die „Königlichen Sachsen“, sondern auch die Verbraucher in den Nachbargebieten auszubilden.

Im Frühjahr Gefahr einer Hungerkatastrophe?

Seit zwei Monaten wird in Deutschland mehr ausgeführt als eingeführt. Im Juli ergab die deutsche Außenhandelsbilanz einen Ueberschuß von etwa 150 Millionen. Im August einen Ueberschuß von etwa 130 Millionen. Es heißt daraus die Gelung des deutschen Wirtschaftens und unser Unabhängigkeit von ausländischen Rechten gefolgert werden. Wenn nächsten Stadium der eingeführten Waren findet man jedoch diesen Optimismus wiederlegt. Dafür mögen folgende Zahlen aus den amtlichen Aufzeichnungen des Statistischen Reichsamtes als Beweis dienen.

April 373 Millionen	April 308 Millionen
Mai 373 Millionen	Mai 308 Millionen
Juni 308 Millionen	Juni 308 Millionen
Juli 308 Millionen	Juli 308 Millionen
August 308 Millionen	August 308 Millionen

Die Statistik unserer Handelsbilanz haben wir uns demnach erlaubt durch Bescheid auf Ansuchen d. h. durch Bescheid auf künftige Ausfuhr. Unter Ausnahm d. h. wird in erster Linie für die Lieferungen aus dem Domes-Gutachten und für die Rückzahlung der uns von Auslande geführte Kredit verbracht. Erst der dann verbleibende Rest kann zur Anschaffung der notwendigen Rohstoffe dienen.

Die durch solche Umverteilung fast verschädigte und zunehmend am arbeitsfähig sind zwei Millionen können gegenüber dem Jahre 1928 zurückbleibende Ernte macht die Volksernährung für als im vorjahren Jahre von der Einfuhr der Rohstoffe abhängig.

Die neueste statistische Feststellung unserer Außenhandelsbilanz läßt jedoch bedenkliche Befürchtungen erwecken, daß wir ohne schwere Inflation unserer Währung die nötigen Importen nicht werden importieren können.

Die Stellung des Personals bei der neuen Reichsbahngesellschaft.

Der Entwurf einer Personalordnung fertigtgestellt.

An der Definitivität bestehen noch vielfach Unklarheiten über die Stellung, die die neue Reichsbahngesellschaft ihren Beamten, Angestellten und Arbeiter einräumt. Die vom Reichstag verabschiedeten Entwürfe eines Reichsbahngesetzes und eines Reichsbahn-Personalgesetzes regeln nur den grundsätzlichen Teil des sehr umfangreichen und komplizierten Fragekomplexes. Es liegt nun auch der Ent-

wurf einer Personalordnung im Vorkauf vor, der die künftigen Verhältnisse des Eisenbahnpersonals im einzelnen regelt. Der Entwurf wird voraussichtlich alsbald den Verwaltungsrat der Reichsbahn beschäftigen.

Deutsche Friedensgesellschaft gegen Reichswehr.

Die Verammlung des Westdeutschen Landesverbandes der Friedensgesellschaft in Jagen hat einstimmig folgende Entschlüsse angenommen, die bei der Generalversammlung in Berlin am 9. Oktober zur Erörterung gelangen soll:

„Die Deutsche Friedensgesellschaft erneuert ihren früheren Beschluß auf Abschaffung der Reichswehr, die zur Aufrechterhaltung der inneren Ordnung unumgänglich und als Kadre zu einem späteren Krieg schädlich ist, die sich immer mehr von Kern aller monarchistischen Betreibungen auswidert und die große Weltmission verfehlt, welche besser zu Kulturzwecken verwendet werden.“

An die heutige Herrentumdrankheit — das Pendant zum „Büßers“ — nämlich den Weltfriedensbegriff, hat man sich inzwischen gewöhnt. Aber daß wir ohne Reichswehr die innere Ordnung aufrechterhalten könnten, so heute die Parteienstrümpfe wie Pilze aus der Erde schießen und zum Klaffenstumpf blauen, das ist doch das Tollste am heiligen Unverständnis, was man bisher erlebt hat. Die Herrschaften müssen mit den Kommunisten schon mehr als auf Du und Du leben oder von dem Gegenteil, von „Kulturzwecken“, völlig umnachtet sein.

Preußen und die deutsche Reichsbahngesellschaft.

Im preußischen Landtag ist folgender Antrag (D. B.) eingebracht worden: Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahngesellschaft hat in seiner Sitzung vom 1. Oktober auf Vorschlag des Generaldirektors Oeler sechs Direktoren in den Vorstand der Gesellschaft gewählt, die die gesetzlich erforderliche Beteiligung des Reichspräsidenten gefunden haben. Nach dem im Frühjahr d. J. zwischen der Reichsregierung und der preußischen Regierung getroffenen Vertrag bedarf die Ernennung eines Vorstandsmitgliedes des Einverständnisses der preußischen Regierung. Dieses Einverständnis ist nicht eingeholt. Was gegen die preußische Staatsregierung auf diese öffentliche Aufrechterhaltung preußischer Rechte zu veranlassen und wie gegen sie die preußischen Rechte durchzusetzen?

Preußischer Landtag.

Der preußische Landtag beschäftigte sich Mittwoch mit der sozialdemokratischen Interpellation über die Betriebsstilllegung und Massenentlassungen auf den Bahnen des südlichen Ruhrgebietes. Der Minister der Eisenbahn erklärte hierzu u. a. die Mißwirtschaftlichkeiten der Bahnen hätten die Betriebsbeschränkungen herbeigeführt; zweitens sei aber schon eine Besserung der Wirtschaftslage zu verzeichnen. Die von den Interpellanten angelegte Forderung des Verzehrs würde eine Entzweiung bedeuten, aber die Entzweiung nicht verhindern. Nach der sich hieran anschließenden Aussprache, in deren Verlauf ein Vertreter der Arbeitgeberpartei Vorstandsarbeiten für die arbeitslosen Bergarbeiter anbot, wurde die Interpellation einstimmig abgelehnt. Der Minister der Eisenbahn erklärte hierzu u. a. die Mißwirtschaftlichkeiten der Bahnen hätten die Betriebsbeschränkungen herbeigeführt; zweitens sei aber schon eine Besserung der Wirtschaftslage zu verzeichnen. Die von den Interpellanten angelegte Forderung des Verzehrs würde eine Entzweiung bedeuten, aber die Entzweiung nicht verhindern. Nach der sich hieran anschließenden Aussprache, in deren Verlauf ein Vertreter der Arbeitgeberpartei Vorstandsarbeiten für die arbeitslosen Bergarbeiter anbot, wurde die Interpellation einstimmig abgelehnt.

Die durch die preussische Regierung am 18. und 30. November angeordnete Beschlagnahme der zum Vermögen desormaligen preussischen Königsgehörenden Gegenstände wird insofern aufgehoben, als diese Gegenstände durch rechtskräftiges Urteil oder durch Anerkennung des preussischen Staatsministeriums als zum Sondervermögen desormaligen Königs von Preußen, desormaligen königlichen Hauses oder seiner Mitglieder gehörig festgestellt sind oder künftig festgestellt werden. Dieses Gesetz tritt mit seiner Verkündung in Kraft.

Die Vorlage geht dann an den Verfassungsausschuß. Das Haus vertrat sich. Donnerstag 12 Uhr: Landwirtschaftsetat.

Ein Vorstoß gegen Macdonald.

Die gestrige englische Parlamentsung hat noch einen plötzlichen Angriff der Konservativen auf die Regierung gebracht. Zur Verbesserung der ganzen Londoner politischen Welt war der Führer der Konservativen, Baldwin, plötzlich eine Frage an die mit den bedeutendsten politischen Angelegenheiten, die zur Debatte standen, gar keine Verbindung hatte. Infolgedessen ist eine ganz neue Situation entstanden.

Es steht ein gemeinsames Ministereensortum der Konservativen und Liberalen in Aussicht. Die Lage Macdonalds wird dadurch erleichtert, daß auch die Bergarbeiterverbände, die gestern von ihm empfangen wurden, sehr unzufrieden mit den erhaltenen Erklärungen waren. Ihre Forderung war, Macdonald solle Deutschland zur Annahme des Washingtoner 8-Stunden-Abkommens zwingen, damit in England die Arbeitslosigkeit zurückgehe. Die Zahl der Arbeitslosen ist in der letzten Woche wiederum um über 16 000 auf 1 180 205 gestiegen.

Aus der Türkei.

London, 1. Okt. In offiziellen englischen Kreisen wird nunmehr nicht länger bestritten, daß die türkischen Truppen vor Mosul verteilt sind. (?) Englische Militärflugzeuge vertrieben die englischen Stellungen.

Man hat eine Note an die türkische Regierung nach Konstantinopel gerichtet, in der man die Türkei bittet, sofort die Einstellung der Feindseligkeiten und des Vormarsches der mesopotamischen Grenze zu veranlassen. Engländer sind die Kampfhandlungen angeblich schon seit sechs Tagen eingestellt. Die Verluste betragen auf englischer Seite drei Mann, aber auch diese scheinen nur verlegt zu sein. Man bemüht sich mit allen Mitteln, so wohl durch eine Vermittlung des Väterbundes als durch direkte Verhandlungen, eine Lösung der Streitigkeiten an der mesopotamischen Grenze herbeizuführen. Immerhin wird die durch die türkisch-englische Spannung gezielte Lage als ernst betrachtet.

Nach einer Meldung aus Konstantinopel hat die Angora-Regierung ein Getreideausfuhrverbot für die gesamte Türkei erlassen. Dieses Maßnahme wird mit der Hungersnot und den Unruhen in Sibirien verbunden.

In der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ ist eine Annonce erschienen, in der deutsche Ingenieure und Techniker zum Aufbau der türkischen Hauptstadt Angora gesucht werden. Ein beachtlicher Beweis, daß die Türkei sich die Sympathien für Deutschland bemüht hat, wie das auch in einer Erklärung des neuen türkischen Vorkämpfers in Berlin deutlich zum Ausdruck kam.

China und Japan.

Die Schlacht bei Schanghai.

Die Schlacht westlich Schanghai hält mit größter Erbitterung an. Alle modernen Waffen sind in Benutzung. Hunderte von Flugzeugen sind an dem Kampfe beteiligt.

General Wangshaijüing lei am Montag einem Nordanmarsch zum Pler gelang. Seine Truppen seien daraufhin in nordwestlicher Richtung entflohen. Wang war besteriger General, der vor zwei Jahren durch überlegene Strategie Tchangsolins Niederlage verurteilte. Er war damals aus Tchangsolins Diensten ausgeschieden und hatte sich gegen eine hohe Befehlsgelohnung von zwei Millionen Dollars für den General Wureifu in Peking erweihen lassen. Im Zusammenhang mit General Wangs Ermordung leben wieder die Gerüchte von einer Spaltung in den Reihen der Wüfungpartei auf. Verschiedene Generale sollen sich mit dem Gedanken tragen, zu Tchangsolin überzugehen.

Japanische Intervention?

Nach Meldungen aus Tokio rechnet man jetzt ernstlich mit einer Aenderung der China-Politik Japans. Man ist der Auffassung, daß Japan nötigenfalls mit Waffengewalt einschreiten wird.

Rußischer Protest.

Ueber große Protestkundgebungen in Moskau gegen die Politik der Großmacht in China berichtet die Zeitliche Telegraphen-Agentur. Die russische Kundgebung soll mit der öffentlichen Verurteilung einer dem amerikanischen Staatsratr Hughes ähnlichen Puppe vor dem Gebäude der Kommunistischen Internationale beendet worden sein. Hughes wird von der Sonjettepreise, so berichtet die Agentur, als einer der Hauptschuldigen an dem Ausbruch des Bürgerkrieges in China bezeichnet.

Japan erwartet einen neuen Weltkrieg.

Der loben von einer Weltreise zurückgekehrte bekannte japanische Universitätsprofessor Kawaguchi erklärt, er habe auf seiner Europareise den Eindruck gewonnen, daß ein neuer Weltkrieg unvermeidlich ist. Die Londoner Konferenz bringe nur eine vorübergehende Verhütung im Sturmzentrum Zentraluropas. Die nationalistische Welle, die jetzt in ganz Europa stark sichtbar ist, verhärtet die vorhandenen Spannungen.

Verhärtete japanische Außenwerbung nach Südamerika.

Das Tokio wird gemeldet, daß die Auswärtiger-Kommission eine jährliche Auswanderung von 10 000 und 15 000 Personen nach Südamerika vorseht. Ein Beamtenrat der Auswanderung Kommissariat Anfang Oktober nach Tokio, um die Anbahnungsmöglichkeiten in Südamerika genauer zu untersuchen.

Aus Athen wird gemeldet: Die Regierung ist heute nachmittag zurückgetreten.

„Ich bin heute das alle Familienober der Brinzel vor ihm... hauchfeine Taschen... die vielen feinen Ähnlichkeiten einer Feilsche... und das hauchfeinlich um den Galt dergeigte Wälten einer Köhnen Frau.“

„Die Prinzessin war wieder krankhaft bleich. Sie sah angepannter aus als gewöhnlich. Ich so rührbarer und herzverwundender der welche Weiblich, der sich heute in ihrem Wesen prägte. Sie plauderten von vielem. Die Prinzessin fragte, wie eine gütige Freundin fragt, die an dem Leben eines anderen Anteil nimmt. Sie gelang ihm, daß sie damals zum erstenmal an ihm irre wurde, als er dem Herzog von den Seiten sprach. Und dann — wie es ihr das Herz gerissen habe, daß Jürgens Mutter vor Gericht erscheinen mußte. Das arme, tabere Mütterchen... Um sie... durch ihre Schuld. Wie unendlich viel habe ich doch an Ihnen gützumachen! Bedachten Sie denn nicht, welche Gemüthsüberde... welche Verpflichtungslast mir Ihr Handeln auf die Seele überde? Immerfort seit gestern denke ich an Ihre Worte. Ich zergrübele und zermerde meinen Geist, wie ich einen Ausweg finde. Und ich finde keinen. Wie ein gefangener Vogel flattere ich im Käfig. Ich höre mir die Seelenfänger wund. So geht es nicht, mein Freund. Helfen Sie mir.“

„Wenn ich könnte, Durchlaucht... so herzensgenau. Aber ich befreie nicht. Durchlaucht reden von Verpflichtungslast... Gewissensbürde... Wenn gegenüber, wenn ich bitten darf?“

„Ihnen gegenüber. Lassen Sie uns noch einmal offen über alles reden.“

Jürgen hob die Schultern. „Ich weiß nur noch, daß wir beide gestern einen letzten Blick in ein Gesichtslächeln, das sich nun für alle Zeiten geschlossen hat. Was darin war, habe ich vergessen... vollkommen... unüberbringlich... ewig. Ich würde jederzeit be-

Durchlaucht — Frau Gildenwerth.

Roman von Fred Heilmann.

Nachdruckrecht bei Aug. Scheer, G.m.b.H., Berlin. 29. Fortsetzung. Nachdruck verboten.

„Ja, das weiß der liebe Herrgott. Der Herr Wittmeyer war heut vormittag im Jünder auf dem Weiden Kirch. Am Nachmittag ist er ausgesessen.“

„Der Philobos pH durch die Jähne. Meiner Herr... Philobos... Er ohne Unheil. Und ausgeritten... Jagen Sie, verzeihe Gönnerin? Bei diesen Hundewetter? Wann denn?“

„Du freilich. Wo ich doch heute nicht einmal ein Hundel aus der Haustür traute. Um vier Uhr ist er etwa weg.“

„Es war jetzt auch Ihr. Steintisch überlegt. Was war. Hat der Herr Wittmeyer Arso oder Num zu Hause?“

„An nachherlich.“

„Dann berichten Sie mir dieses nachherliche Geträdel. Um es zu verbinden — was nicht unbedingt verbunden ist — mögen Sie mir heißes Wasser machen. Hebriges. Es werden immer jünger und hübscher, Dame Kath.“

Steintisch wartete. Er trant Grog und las die Zeitung.

„Um neun Uhr kam Jürgen. Bis auf die Haut durchnäßt.“

„Philobos, du hier...?“

„Welch! Glanz in deiner armen Götze. Meiner Herr! Mein Gott hat sich seit einer Stunde recht angenehm mit dem von deinem Num verträut. Aber wenn du besser Riederlich genießen willst, zieh dich aus und lege dich ins Bett.“

„Warum ins Bett?“

„Was man dich erst wie ein nasses Widelkind in trockene Wädel legen muß. Ja, doch.“

„Er setzte sich zu ihm an Bett.“

„Und nun, Bester... wie ist es? Soll ich vorlesen... die Zeitung beispielsweise? Oder möchtest du einen Vortrag — nota bene, ich bin augenblicklich durch den feigen Geist des Groggs zu allem fähig — über Seelenwanderung... Geländebesitzer... Normal-Jägerbenden... die Vorträge des Numgenusses in überdimensional Zustand... die Kunst, als Philobos zu leben? Du darfst nur wählen. Oder... hm... willst du etwa selber sprechen? Willst du... hast du mir etwas Wichtiges mitzuteilen?“

„Nein, Philobos, nicht heute. Ein anderes Mal. Erzähle du mir lieber oder lies die Zeitung vor.“

Steintisch las. Als er den Zeitartitel und die Artikel besenat hatte und das Feuerlein aufzulock, fiel sein Blick auf Jürgen. Er schielte. Da legte der Philobos die Zeitungen zusammen... schaltete das Licht im Zimmer aus und schloß sich aus der Tür. —

Am nächsten Spätnachmittag lag Jürgen am Zeitlich der Prinzessin. Wieder das Unheimliche, der man verhängen Lampen... der süße Duft der Rosen... der innere Jubel eines auf erlebte Kultur geklammten Raumes.

„Ihnen gegenüber. Lassen Sie uns noch einmal offen über alles reden.“

Jürgen hob die Schultern. „Ich weiß nur noch, daß wir beide gestern einen letzten Blick in ein Gesichtslächeln, das sich nun für alle Zeiten geschlossen hat. Was darin war, habe ich vergessen... vollkommen... unüberbringlich... ewig. Ich würde jederzeit be-

„Wenn ich könnte, Durchlaucht... so herzensgenau. Aber ich befreie nicht. Durchlaucht reden von Verpflichtungslast... Gewissensbürde... Wenn gegenüber, wenn ich bitten darf?“

„Ihnen gegenüber. Lassen Sie uns noch einmal offen über alles reden.“

Jürgen hob die Schultern. „Ich weiß nur noch, daß wir beide gestern einen letzten Blick in ein Gesichtslächeln, das sich nun für alle Zeiten geschlossen hat. Was darin war, habe ich vergessen... vollkommen... unüberbringlich... ewig. Ich würde jederzeit be-

(Fortsetzung folgt.)

